

# Kraflauer Zeitung.

Nr. 238.

Montag den 17. October

1864.

Die „Kraflauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraflau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 3 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Insetat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Rudwieser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. August d. J. dem Lieutenant in der Armee, Mar Grafen Montecucoli-Pollnago, die Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraflau, 17. October.

Vorgestern, am 15. d., fand die elfte Conferenzsitzung statt. Es ist nahezu als bestimmt anzunehmen, daß die Bevollmächtigten nur noch kurzer Frist zur Beendigung der schwierigen complicirten Aufgabe bedürfen. Der Friedensschluß steht hoffentlich vor Ende des Octobers bevor. Die „Neue fr. Presse“ will wissen, daß in der Conferenzsitzung die Entgegennahme der (von Herrn Schöller aus Kopenhagen überbrachten) Zustimmung Dänemarks zu den Vorschlägen der Gränzziehungs-Commission erfolgte, womit diese Frage ganz der Bestimmung der Präliminarien gemäß erledigt sei.

Das „Fremdenblatt“ schreibt: Für die Conferenzsitzung erübrigte nur noch, wie wir vernehmen, das Arrangement wegen des Post- (Hamburger Posthaus etc.) und Telegraphenwesens, wobei ein eigens zu diesem Behufe hieher gesandter dänischer Postbeamter zur Hand ging. Außerdem wurden die auf die Territorial-Abgränzungsfrage bezüglichen Artikel redigirt nach den in Kopenhagen genehmigten Vorschlägen der betreffenden Commission, welche auf das in den Präliminarien hierüber vorgeschriebene basirt sind. Hiermit sind die der Friedensverhandlung gestellten Aufgaben erledigt und die Conferenz hat sich fortan nur dem Geschäfte der Redaction des Friedensinstruments zu widmen, womit sie in zwei bis drei Sitzungen zu Ende sein kann. Der wichtigste Punkt und zugleich der einzige, der nicht genau nach den Präliminarien geordnet worden, die Finanzfrage nämlich, ist in folgender Weise festgestellt: Dänemark übernimmt von den Staatsschulden im Gesamtbetrage von 96 resp. 115 Millionen Rthl. um die als Aversum für den Schleswig-Holstein betreffenden Antheil an den Staatsactiven angemessene Summe von 9 Millionen Rthl. mehr, als die betreffende Quote beträgt, und zwar in der Form, daß die Herzogthümer für 9 Millionen weniger, als diese Quote ausmacht, die Schuldner Dänemarks werden, denn dieses bleibt seinerseits den Staatsgläubigern gegenüber zur weiteren Verzinsung und Amortisation der gesammelten Staatsschuld verpflichtet, während über die Art und Weise, wie Schleswig-Holstein seine Verpflichtungen gegen Dänemark deckt, in einem Anner des Friedensvertrages das Nähere stipulirt wird.

Die „Seidler. Corr.“ tröstet Dänemark. Der Friede hat Dänemark in seinen Existenzbedingungen nicht beeinträchtigt. Das Königreich erhielt eine gewisse Abrundung durch Austausch jütischer Enclaven gegen bequemer gelegene Districte. Der Ripener Distrikt wird wegen historischer Erinnerungen bei Dänemark verbleiben und mit Jütland in Zusammenhang verbleibt. Die Südgrenze Jütlands ist so vereinfacht. Die Königszug, die bisherige nördliche Gränze Schleswigs, wird jetzt auf beiden Ufern Dänemark gehören. Der Tractat entpangt mehr aus völkerrechtlicher als nationaler Quelle. Die Configuration Schleswigs als geschichtlicher Individualität wird nicht zerstört. Die Insel Arroe bleibt bei Dänemark. Auch die finanziellen Stipulationen lassen die finanzielle Grätragsfähigkeit Dänemarks ungeschwächt.

Wie die „Seidl. Corr.“ meldet, wird gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages der Bund aufgeföhrt werden, die Executionstruppen aus Holstein herauszuführen.

Nach dem Friedensschluß soll eine Division Preußen als Besetzung in den Herzogthümern bleiben.

„Dagbladet“ bezweifelt, daß, sobald der Friede mit den Präliminarien übereinstimmend abgeschlossen werde, die Grundlage der gegenwärtigen Thronfolgeordnung umgestoßen und nicht Christian IX., sondern Friedrich von Hessen der legitime Thronerbe von Dänemark sei.

In der oldenburgischen Rechtsbegründung, schreibt man der „W. u. S.“ aus Frankfurt, müssen empfindliche Lücken vorhanden und durch Prof. Pernice's combinatörisches Talent so wenig wie durch den Sammlerfleiß, der sich in der Requisition von Urkunden aus Wien und Kopenhagen gleichzeitig kundgibt, auszufüllen sein. Scherfahre aus verlässlicher Quelle, daß ein süddeutscher Rechtsgelehrter von Ruf, der gern zweifelhaften Ansprüchen mit Scharfsinn und Gelehrsamkeit zu Hülfe kommt, angegangen ist, ein Rechtsgutachten für den Großherzog auszuarbeiten. Ob er diesem schmeichelhaften Ansuchen entsprechen

wird, ist mir nicht bekannt. (Es ist vom Prof. Zöpfl in Heidelberg die Rede).

Prinz Adalbert von Preußen ist in Oldenburg angekommen zum Besuch des Großherzogs, wie ein Telegramm der „Presse“ aus Oldenburg wissen will, um bezüglich der Successionsfrage eine Demonstration zu machen.

Eine Wiener tel. Depesche der „Schl. Ztg.“ meldet gerüchtweise, Kaiser Napoleon werde behufs Durchführung einer allgemeinen Entwaffnung den europäischen Mächten proponiren, Italien für eine neutrale Macht zu erklären. Die Nachricht von einem Congreß der katholischen Mächte ist unbegründet.

Die Pariser officiellen Blätter haben die Instruktion erhalten, die öffentliche Meinung über die Tragweite des September-Vertrages zu beruhigen und den Beweis zu führen, daß derselbe weder in Wien, noch in Rom Unzufriedenheit erregt habe. Der „Constitutionnel“ hat dieses, wie wir meldeten, in Bezug auf Rom und das „Pays“ veröffentlicht zwei Notizen, von denen die eine Rom, die andere Wien überschrieben ist.

Im Pariser auswärtigen Amte ist man mit der Turiner Regierung sehr schlecht zufrieden; der Minister ist im höchsten Grade über die Mailändische Tischrede des Marschale Depoli entrüstet und sein Dragan Pfeffer auf die Melonen streuen: „Wir nehmen keinen Anstand, zu erklären, daß diese Interpretation des Vertrags vom 15. September annullirt würde, wenn sie im Parlament bestätigt werden sollte; denn sie würde die Verpflichtungen Italiens moralisch entkräften und Frankreich in eine falsche und zweideutige Lage bringen, gegen welche seine Principien, seine Erklärungen, seine Interessen und seine Ehre protestiren.“ Und heut fährt dasselbe Blatt fort: „Die Italienschen Staatsmänner haben Zweifel über ihre Bestimmungen obwalten lassen, welche zerstreut werden müssen. Frankreich hat sich zur Räumung Roms nur deshalb verpflichtet, weil sich Italien verpflichtet hat unter keinem Vorwand dorthin zu geben. Diese beiden Verpflichtungen sind unzertrennlich. Wer den Vertrag anders versteht, zerreißt ihn!“ Scharf genug, aber doch montarde après diner; der Herr Französischer Minister mußte voraus wissen, daß die Italiener so und nicht anders handeln würden; und wenn Marschale Depoli erklärt, der Vertrag vom 15. September enthalte keine Beschränkung des nationalen Programms, so hat er eben so viel Recht als Drouyn; denn er hat den Vertrag so gut wie dieser verhandelt und abgeschlossen und gilt als Interpretator so viel wie dieser. Es wird aber noch besser kommen, wenn man hier wirklich so naiv gewesen sein sollte, bei den Italienern Loyalität vorauszusetzen. Uebrigens ist mehr als je von geheimen Artikeln des Vertrages die Rede; man sagt, das Aosta - Thal sei an Napoleon abgetreten, ebenso Sardinien, Victor Emanuel erhalte dafür Tunis (?). Es versteht sich von selbst, daß das Alles Gerüchte sind, für welche man bis jetzt nicht den geringsten realen Anhalt hat.

Im Widerspruch mit früheren Mittheilungen, wornach Drouyn de Lhuys auf die Anfrage des Nuntius Mgr. Ghigi, was Frankreich zu thun gedenke, falls Victor Emanuel den Kirchenstaat nicht respectirt, ausweichend geantwortet habe, versichert man der „A. Z.“ aus Paris, daß die Antwort ganz anders gelautet habe. Herr Drouyn de Lhuys eröffnete der römischen Curie in einer Depesche an den Grafen Sartiges, daß Frankreich zwar nicht für sich allein zu Gunsten des Papstes interveniren, aber den verschiedenen katholischen Mächten eine gemeinschaftliche Intervention vorschlagen würde, wenn — freilich wider alles Erwarten — nach dem Abzug der französischen Truppen und trotz der Convention die Gewalt des Papstes sich gasährdet sehen sollte.

Nach Berichten der „N. P. Z.“ aus Rom wird dort die Convention von Allen verurtheilt, selbst von denen, deren Anhänglichkeit an das Papstthum nur noch eine geringe ist. Man ist entschieden, alle Bedingungen und Erwägungen zu verwerfen. Die Cardinäle erklärten sich einstimmig gegen jede Reformation einer päpstlichen Armee, denn dadurch werde jener Vertrag implicite anerkannt. Die Cardinäle fürchten den Einfluß jenes Prälaten, den der Papst über seine Truppen gesetzt, und in der That, Monsignore v. Merode ist kriegerischen Sinnes wie die großen belgischen Barone, seine Ahnherren, im Mittelalter. Aber der Waffen-Minister benahm den Eminenzen diese Furcht; er erklärte laut, der Papst müsse den Vertrag verwerfen und nicht in die Falle gehen, die ihm in demselben gestellt sei. „Bonaparte“, so soll Monsignore v. Merode neulich gesagt haben, „will dem Papst die Formation einer Armee erleichtern, d. h. er will die Blüthe der katholischen Welt in Rom sammeln und sie dann dort massacrirt lassen

(so geschah es bei Castelfidardo); so befreit er sich im Handumdrehen von den frömmsten und müthigsten Männern aller katholischen Länder; mit einem Worte, die Convention ist der Staatsstreich des Hauptes der europäischen Revolution gegen das Haupt der katholischen Kirche!“

Nach Berichten aus Turin, 14. October, sollen die specifischen Piemontesen und die Radicale eine Liga zur Bekämpfung der Convention gebildet haben. In Salerno fand kürzlich eine große Volksversammlung unter dem Vorsitze Nicotera's und San Donato's statt; dieselbe sprach sich zu Gunsten der Convention aus, aber mit dem Vorbehalte, daß Rom später an Italien fallen solle.

Bezeichnend für die Ansicht der italienischen Staatsmänner über die Convention und deren Tragweite, ist der Einfluß welchen Baron Ricafoli auf die Bildung des neuen Turiner Ministeriums gehabt hat. Als er von Lamarmora berufen wurde, sagte er, wie der „A. Z.“ geschrieben wird, zu diesem: „Ich beklage tief die Vorfälle von Turin; es steht jedoch bei Ihnen, das gefallene Ministerium wieder aufzuheben. Als Florentiner kann und darf ich nicht in das Cabinet eintreten, aber ich werde mit allen meinen Kräften die Regierung unterstützen, welche das politische Programm ihrer Vorgänger annehmen wird.“ Als die von Lamarmora berufenen Männer sehr schwankend und unschlüssig waren, sprach Ricafoli energisch: „In den Documenten über die Convention, welche mir vorgelegt worden sind, sehe ich einen gewaltigen Fortschritt zum großen Ziel, nach welchem die Italiener streben; ihr müßt die Convention annehmen, wenn ihr nicht wollt, daß ich euch vor Italien des Verraths am Vaterland beschuldige. Wenn der Augenblick gekommen ist, werde ich zuerst rufen: Nach Rom!“ Durch diese Worte bewog er die neuen Minister zum Austritt der politischen Erbschaft des Ministeriums Minghetti. Ricafoli weilt gegenwärtig wieder in Turin.)

Der Schweizer Bundespräsident Dubs, schreibt man der „Magdb. Z.“, hat in Begleitung eines Secretärs so eben eine Reise nach Turin und Paris angetreten. Sie können sich denken, daß diese Reise hier viel Kopfzerbrechen macht. Politische Bedeutung hat sie jedenfalls, doch getraue ich mich noch nicht zu entscheiden, welche von den verschiedenen Versionen, die im Umlauf sind die richtige ist. Nach den einen hat sie auf den projectirten Handelsvertrag mit Italien, nach den andern auf die Savoyer Frage und nach noch andern auf die Veränderungen Bezug, welche für Italien in Folge der Italienisch-Französischen Convention in Aussicht gestellt sind, aus welcher man allerlei nachtheilige Consequenzen für die Schweiz zieht. Wer von den dreien Recht hat, wage ich, wie gesagt, noch nicht zu entscheiden. Die Thatfache aber, daß Herr Dubs sich auf einer politischen Mission nach Turin und Paris befindet, steht fest. Von Turin wird sich derselbe über Genua und Marseille nach Paris begeben.

Kaiser E. Napoleon, versichert ein Pariser Correspondent der „N. P. Z.“, wird nicht nach Lyon gehen, wie gestern behauptet wurde, um das russische Kaiserpaar zu begrüßen; er wird sogar erst nach der Abreise des Kaisers Alexander nach Nizza reisen, um den Besuch zu erwidern, den Kaiser Alexander der Kaiserin Eugenie in Schwabach gemacht hat. Das ist wichtiger als alle die Courtoisie-Mahregeln, auf die man hier ein solches Gewicht legt, die sich aber ganz von selbst verstehen.

Der „N. P. Z.“ zufolge ist es ein Curiosum und weiter gar nichts ist es, wenn sich Girardin's „Presse“ aus Wien von einer Convention berichten läßt, welche am 24. Juli l. J. zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich abgeschlossen sein soll. Die Entstehungsgeschichte des Vertrages ist ganz hübsch vorgetragen und nicht allzu unwahrscheinlich, der Hauptinhalt des angeblichen Vertrages nicht so großlich plump wie die Mittheilungen der „Morning Post“ vor etlichen Monaten, und das Ganze ist, wie gesagt, merkwürdig; denn Herr v. Girardin ist ein geistreicher Mann. Ein officiöses Berliner Telegramm der „Hamburger Nachrichten“ dementirt ebenfalls die oben berührten Enthüllungen von „La Presse“.

Ueber Clarendon's Reise nach Wien lesen wir in einer halbamtlichen Wiener Correspondenz: Man hat gewiß viel müßige oder abenteuerliche Conjecturen auf die Anwesenheit Lord Clarendon's in Wien gebaut. Die Weltgeschichte sofort in feste Formen zu gießen, ist er nicht hierher gekommen; über eine orientirende und vorbereitende Thätigkeit hinaus haben sich seine Conversationsen im auswärtigen Amte nicht erstreckt. Aber man muß doch anderwärts mit seiner Weisheit ganz zu Ende oder unendlich besorgt wegen des Inhalts jener Conversationsen sein, wenn man, wie jetzt die Berliner Officioßen, der Welt einzureden ver-

sucht, der edle Lord habe hier nichts Anderes gewollt, als „seiner Familie die Merkwürdigkeiten Wiens zeigen.“ Wir haben unsererseits allen Grund zu glauben, daß in einer nicht sehr fernen Zeit die Früchte seiner Anwesenheit in Wien nach mehr als Einer Richtung hin sehr und möglicherweise überraschend erkennbar zu Tage treten werden.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Der Accessionsvertrag vom 12. d. Mts. bestimmt im Schlußprotocole, daß nach Beendigung der Verhandlungen mit Oesterreich und Frankreich die Vereinststaaten wieder zusammentreten, um einen neuen Zollvereinsvertrag zusammenzustellen aus den einzelnen Verträgen vom 28. Juni, 11. Juli und 12. October und aus den etwaigen mit Frankreich und Oesterreich vereinbarten Veränderungen. Dem Octobervertrage wird eine Uebereinkunft über die Rheinschiffahrtsabgaben angefügt. Der Beitritt Baierns, Württemberg's, Hessen's und Nassau's zu den Zollverträgen erstreckt sich auch auf die in den Separatartikeln und Schlußprotocollen des Vertrags enthaltenen Bestimmungen. Vom Zeitpunkte des Beginns der Wirksamkeit des Vertrages werden Preußen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg von den in Baiern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau erzeugten Weinen und dem Traubenmost keine Uebergangsabgabe mehr erheben.

Die Zollfrage hat in neuester Zeit, was auch andere Mittheilungen besagen mögen, keinen Schritt vor- oder rückwärts gethan. Ein Beschluß des Ministerraths, ob überhaupt in weitere Verhandlungen einzutreten, wird, wie man aus Wien mittheilt, erst dann gefaßt werden, wenn die Antwort auf eine letzte nach Berlin gerichtete Eröffnung eingetroffen ist, und diese Antwort scheint sich durch die fortgesetzte Abwesenheit des Hrn. v. Bismarck verzögern zu sollen. In jedem Fall aber werden die Verhandlungen mit Preußen allein als beendet betrachtet und wird man die neuen Verhandlungen, gleichviel wo, nur noch mit Preußen, Baiern und Sachsen führen.

Der „Votivkaster“ meldet heute, daß die preussische Regierung die entschiedene Aufforderung Oesterreichs in Händen hat, sich über die Gewährung der österreichischen Forderungen, insbesondere über das bestimmt formulirte Anrecht auf künftige Zolleinigung mit einem festgesetzten Termine, klar und endgültig zu äußern. Von dieser Antwort werde es abhängen, ob die Verhandlungen mit Preußen und dem reconstituirten Zollvereine fortgesetzt werden.“

Die „Lemb. Ztg.“ vom 22. Sept. bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Lemberg im Monate September 1864 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Aburtheilungen.

- Wegen Verbrechens des Hochverrathes.
1. Stanislaus Graf Tarnowski aus Dylow, 25 J. alt, Gutsbesitzer, nebst Verlust des Adels für seine Person, zu 8jährigem schweren Kerker. — 2. Cäsar Haller von Hallersburg, 42 J. alt, Hotelbesitzer, nebst Verlust des Adels für seine Person, zu 6jähr. schw. Kerker. — 3. Marcell Ritter v. Drohojewski aus Lemberg, 48 J. alt, Gutsbesitzer und Landtagsabgeordneter, nebst Verlust des Adels für seine Person, zu 6jähr. schw. Kerker. — 4. Fortunat Stadnicki aus Zbiednia, 46 J. alt, Güteradministrator, zu 6jähr. schw. Kerker. — 5. Joseph Baum Frhr. v. Appelschhofen aus Bochnia, 44 J. alt, Gutsbesitzer und Landtagsabgeordneter. — 6. Athanasius Ritter v. Denoe aus Niegowice, 36 J. alt, Gutsbesitzer und Landtagsabgeordneter. — 7. Carl Ritter v. Rogawski aus Chroszczagrod in Polen gebürtig, 44 J. alt, Gutsbesitzer, Landtags- und Reichsrathsabgeordneter, die Letzteren drei wegen Mangel an Beweisen von der Instanz losgesprochen.

- Wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung.
8. Johann Krzyzanowski aus Rzeszow, 40 J. alt, Knecht, zu 2mon. Kerker. — 9. Severin Filipowski aus Krzychowce, 41 J. alt, Handschuhmacher, zu 8mon. schw. Kerker versch. mit 1mal. Fasten in jeder Woche. — 10. Bert Semmel aus Hohn, 41 J. alt, zu 3mon. schweren Kerker versch. mit 2mal. Fasten in jeder Woche.

- Wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe.
11. Thaddäus Romanowicz aus Lemberg, 20 J. alt, Rechtslehrer, wegen obigen Verbrechens und Vergehens der Wachenbeleidigung mit 2jähr. schw. Kerker bestraft, vom Verbrechen des Hochverrathes ab instantia losgesprochen. — 12. Sidor Dymidowicz aus Kraflau, 61 J. alt, pensionirter Rath des Kraflauer obersten Gerichtshofes, nebst Entlassung mit 2jähr. Kerker. — 13. Joseph Warzeha aus Johann Kotlarski und Constantin Piotrowski genannt, aus Jacaw, 21 J. alt, Schlosserlehrling, wegen obigen Verbrechens und der Disciplinar-Übertretung des Arrestbruches

zu 10mon. Kerker. — 14. Adalbert Ziembinski a. Krakau, 24 J. alt, Schusterlehrling, zu 5mon. Kerker. — 15. Florian Stanfiewicz, fälschlich Franz Kozłowski aus Tarnow, 18 J. alt, ohne Beschäftigung, wegen dieses Verbrechens und Verg. gegen öffentl. Anstalten und Vorf. zu 2mon. Kerker. — 16. Josef Trompus aus Hotha in Böhmen, 26 J. alt, Revier-Jäger, und 17. Nikolaus Benes aus Grojnosty, 20 J. alt, Schusterlehrling, zu Zwösch. Kerker. — Simon Neczaj aus Stojanow, 20 J. alt, Tagelöhner, wegen dieses Verbrechens und jenes des Diebstahls, zu 1jähr. schw. Kerker. — 19. Michael Wialy aus Kamionka, 25 J. alt, Rechtshörer, zu 6monat. Kerker. — 20. Florian Bahstowski, aus Przeworsk, 41 J. alt, Maurer, zu 1mon. Kerker. 21. Michael Kolarowski aus Lemberg, 32 J. alt, Maurer, zu 4wöch. Kerker, im Wege der Gnade die Strafe nachgelassen. — 22. Michael Gorecki a. Lemberg, 26 J. alt, verheiratet, Maurer, und — 23. Johann Wisiewicz a. Lemberg, 28 J. alt, Maurer, beide zu je 4mon. Kerker, im Wege der Gnade die Strafe nachg. — 24. Kapitar Radlewicz, a. Przeworsk, 23 J. alt, Rechtshörer, ab instantia losgesprochen. — 25. Mathias Kolodziej aus Guta Mózaniecka, 24 J. alt, Tagelöhner, erschwert durch das Verbrechen des Diebstahls, zu 3jähr. schweren Kerker. Wegen Vergehens gegen öffentliche Anstalten und

Vorkehrungen zur Gemeindefürsorge. 26. Georg Sotolowski, 34 J. alt, Fuhrmann, ab instantia losgesprochen. — 27. Anton Fer aus Lemberg, 22 J. alt, Lebzeltenträger, zu 1mon. Stockhausarreste. — 28. Joseph Dufacz aus Zimnanowa, 19 J. alt, Schuster, zu 10täg. Stockhausarreste. — 29. Appollonia Kaliciska aus Zimnanowa, 22 J. alt, Dirne, zu 3tägigen Stockhausarreste. — 30. Joseph Wenzel aus Carlsdorf, 21 J. alt, Kellner, ab instantia losgesprochen. — 31. Gedalia Schweger aus Koczów, 20 J. alt, Gymnasialschüler, zu 3täg. Stockhausarreste, im Gnadenwege nachgelassen. — 32. Mathias Pietrzycki aus Lemberg, 61 J. alt, Tagelöhner, zu 1mon. Kerker. — 33. Barbara Kisiel aus Szjerzecz, 41 J. alt, Tagelöhnerin, zu 3mon. Stockhausarreste, verschärft mit 2mal. Fasten in jeder Woche. — 34. Peter Kinicz aus Lemberg, 36 J. alt, Privat-schreiber, zu 3täg. Arreste. — 35. Hensch Brief aus Lemberg, 32 J. alt, Obsthändler, losgesprochen und schuldlos erkannt. — 36. Andrusz Swaniewicz aus Wolica, 46 J. alt, Bauer, zu 3täg. Stockhausarreste. — 37. Johann Piniowski aus Lemberg, 48 Jahre alt, Schuster, zu 3mon. Stockhausarreste, verschärft mit 20 Stockfreichen beim Beginn der Strafe. — 38. Johann Zachaczko aus Lemberg, 39 J. alt, Maurer, zu 8täg. Stockhausarreste. — 39. Joseph Spala aus Wilohorzycze, Grundwirth, 57 J. alt, zu 8täg. Stockhausarreste. — 40. Marie Glowiat aus Lemberg, 18 J. alt, Tagelöhnerin, zu 3mon. Stockhausarreste, verschärft mit 15 Rutenstreichen beim Beginn der Strafe. — 41. Andreas Struk aus Lemberg, 34 J. alt, Fleischer, zu 3täg. Stockhausarreste. — 42. Basil Horak aus Nowosiolki, 24 J. alt, Zirkelnacht, zu 3täg. Arreste. — 43. Aloisia Dusinska aus Larnopol, 45 J. alt, Marktaufsehers-Gattin, ab instantia losgesprochen. — 44. Daniel Kuczma aus Lisoniowa, 34 J. alt, Tagelöhner, zu 20 Stockfreichen. — 45. Swan Koszuba aus Batiatycze, 60 J. alt, Bauer aus Czestina, zu 10täg. Arreste. — 46. Peter Koszuba aus Czestina, 30 J. alt, Bauer, zu 40täg. Arreste. — 47. Elias Szulewicz aus Kruszynica, 31 J. alt, Kutscher, zu 4wöch. Stockhausarreste.

Wegen Vergehens fremder Ausweisdokumente. 48. Martin Liszka, a. Ledeco in Mähren, 36 J. alt, Tagelöhner, zu 3täg. Stockhausarreste. Wegen Uebertretung des Waffenpatentes. 49. Napoleon Sarnecki, Gutbesitzer a. Rußland, bei eingetretener Verhinderung der Strafe der betretene Revolver sammt Pistolen für verloren erklärt. — 50. Moses Wagner aus Lemberg, 40 J. alt, Trödler, und 51. Moses Gruber, 43 J. alt, zu 4täg. Stockhausarreste nebst Verfall der beanstandeten Munitionsgegenstände. — 52. Anton Nientowski aus Kzepinie, 43 J. alt, k. l. Notar, nebst Verfall der Waffe zu 25 fl. Geldstrafe. Wegen Verberberung answeisloser Fremden. 53. Leo de Starbel Borowski aus Glesbowice, 30 J. alt, Gutspächter, zu 30 fl. Geldstrafe. Vom k. l. Großfürst Nikolaus 2. Infanterieregimente als delegirten Kriegsgerichte in Zolkiew.

1. Theofil Nestorowicz aus Biala, 20 J. alt, Agronom, vom Vergehen gegen öffentliche Anstalten und Vorkehrungen losgesprochen und schuldlos erklärt.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. October. Se. Majestät der Kaiser ist heute Vormittags in Begleitung des Kronprinzen von Sachsen mittelst Elisabethbahn von Tschl in Schönbrunn eingetroffen. Das Personal der österreichischen Gesandtschaft in Mexico soll bereits ernannt sein; zum Ambassador de famille wäre Graf Guido Thun, zum Legationsrath Baron Lazo und zum Attaché Herr v. Lavera ernannt. Ueber den Zeitpunkt der Abreise dieser Gesandtschaft ist noch nichts bekannt. Der dänische Hauptmann Schöller ist mit dem Schnellzuge von Kopenhagen hier eingetroffen und hat Depeschen für die dänischen Bevollmächtigten überbracht. Die Gerüchte von einer baldigen Einberufung des croatischen Landtages stellen sich, wie das „Freib.“ schreibt, als vertriebt heraus. Man zweifelt, daß die Einberufung desselben während der Dauer der nächsten Reichsraths-Session stattfinden wird. Der Entwurf der ungarischen Justizorganisation hat nunmehr zum zweiten Male die königliche ungarische Hofkanzlei verlassen. Diesmal soll dieselbe wirklich den Weg in den Staatsrath nehmen; wahrscheinlich geschieht diese Annahme in der Voraussetzung, daß Se. Majestät den Entwurf dem Staatsrath zur Prüfung übergeben werde.

[Der Polen-Proceß in Brünn.] Sitzung vom 13. October. Civilwachtman Nestlan gibt an, daß seine von Balaga erhaltene Instruction dahin ging, mit Clement zu reisen, über sein Verhalten zu rapportiren, und darauf zu sehen, daß er nicht entweiche. Clement scheint mithin der eigene Lockvogel gewesen zu sein. Das Beweisverfahren über diesen Fall ist nun erschöpft, und die Verhandlung geht auf folgendes Factum über: Am 25. August 1863, um 5 1/4 Uhr Abends kam ein junger Mensch, (der Angeklagte Carl Wrana) mit einer Fuhr Mehl in den Ditrauer Bahnhof; hier ließ er die 21 Säcke, welche er auf dem Wagen hatte, abladen. Dieses Mehl war an Drehtler in Lancut adressirt und Wrana unterschrieb auf den Frachtbrief als Aufgeber: J. A. Goshmann. Die 21 Säcke waren mit weißen Spitzzetteln versehen, welche die Aufschrift „Koggenmehl“ trugen. Als sie jedoch weiterbefördert werden sollten, bemerkte der damit beschäftigte Arbeiter, daß sich in denselben „etwas Hartes“ befände, er schnitt einen Sack auf, und entdeckte, daß dem Mehl — Schießpulver beige-pact sei. Die amtliche Revision stellte nun heraus, daß in diesen 21 Säcken 960 Pfund feinen Schießpulvers, in Päckchen von 7 1/2 Loth, sich befanden. — Die beiden Angeklagten Wilhelm Jannecki und Carl Wrana sind in Folge dieses Factums in der Anklage beschuldigt. Carl Wrana gibt an, er sei im Juni v. J. dienstlos gewesen, und habe sich behufs der Vermittlung einer Beschäftigung zu Gering nach Hruschau begeben. Er traf den Gering beim Steinbruch in Gesellschaft eines fremden Herrn. Derselbe sei ziemlich groß und dick gewesen, hatte schwarzes Haar, einen schwarzen Schnurbart, trug einen langen, braunen Rock, polnische Hosen und polnische Stiefel, er hatte das ungefähre Alter von 44 bis 45 Jahren. Gering habe dem Wrana gesagt, er habe keine Beschäftigung für ihn und Wrana sei hierauf nach Ditrau zurückgegangen. Auf diesem Weg kam ihm der Fremde nach und sie gingen zusammen in das Dobrajsche Kaffeehaus in Ditrau. Hier zahlte der Fremde für Wrana die Zech und ersuchte ihn, für ihn Sendungen nach Polen zu besorgen, wofür er ihm Geldaushilfen versprach. Damals gab ihm der Fremde zugleich 8 leere Frachtbriefe unter Angabe der Adressen mit dem Bemerkten, daß Stolasek ihm schon die Sendungen übergeben werde, wobei er zugleich sagte, daß Gering davon weiß. Der Fremde bemerkte, daß er nach Wien reise, und hieß Wrana an einem bestimmten Abend wieder in das Kaffeehaus kommen. Er habe nun über Anordnung des Stolasek einen Transport mit 2 Colli auf den Ditrauer Bahnhof begleitet. Seinen Namen hatte der Fremde dem Wrana nicht angegeben, und erst bei einem späteren Zusammentreffen ihm bemerkt, er sei Besitzer von Warmorbrüchen in der Nähe von Przemysl. Bei dem zweiten Zusammentreffen gab er ihm Geld aus seiner Brieftasche, wobei ihm seine Legitimationskarte auf die Erde fiel, welche Wrana aufhob und bei dieser Gelegenheit den Namen „Poto v. Potocki“ flüchtig gelesen haben will. — Wilhelm Jannecki gibt folgendes an: Es habe ihm am 1. oder 2. Juli 1863 Gering gesagt, er habe einen anderen Posten gefunden. Jannecki ist nämlich seit 1. Juli beim Gering als Rechnungsführer angestellt, er erhalte vorläufig monatlich 50 fl., und so lange er in Hruschau bleibe, von Gering das Quartier. Einige Tage darauf gab Gering dem Jannecki einen versiegelten Brief mit der Adresse „Graf Poto Potocki in Wien“ mit dem Bemerkten, daß er diesen Herrn in Wien im Prater am Eingang des Thiergartens um 4 Uhr Nachmittags treffen werde. Der Herr werde eine Reitpeitsche in der Hand haben. Gering beschrieb den Grafen als einen stattlichen Mann von der Größe des Jannecki mit einem braunen Schnurbart. Angefähr am 8. Juli ist Jannecki nach Wien gereist, hat sich um 4 Uhr Nachmittags an den Eingang des Thiergartens begeben, und daselbst wirklich den Mann mit der Reitpeitsche getroffen. Beim Anblick dieses Mannes erinnerte sich Jannecki, denselben schon einmal mit Gering stehen gesehen zu haben. Er habe ihn gefragt, ob er die Ehre habe, mit dem Herrn Grafen Potocki zu reden, was dieser bejahete, worauf ihm Jannecki das Schreiben des Gering übergab, welches derselbe zugleich las. Dieser Herr bestellte ihn auf den andern Tag, wo er ihm dann sagt, daß er ihm jetzt nichts geben könne und schon den Herrn Gering benachrichtigen werde, worauf Jannecki nach Hause reiste. Nach 14 Tagen oder 3 Wochen reiste Jannecki über Aufforderung des Gering abermals nach Wien, traf daselbst wieder den Herrn an dem bezeichneten Ort und erhielt von ihm einen Brief ohne Adresse, jedoch versiegelt, mit dem Auftrage, denselben an Gering zu übergeben. Dies that auch Jannecki, und einige Tage darauf sagte ihm Gering, daß er nach Lemberg gehen müsse, wozu er ihm 20 fl. Reisegeld gab. Gering gab ihm auch einen versiegelten Zettel mit einem polnischen Namen auf der Adresse. Auf der Siegelseite des Couverts war angegeben: „Franz Josephs Berg, Eiseller, auf der Bank — 4 Uhr“, und Gering trug ihm auf, den Brief an einen Herrn zu geben, der an dem bezeichneten Platz sitzen werde. Jannecki reiste nach Lemberg, traf wirklich einen Herrn, der sich um die bezeichnete Stunde auf die bezeichnete Bank setzte und redete ihm mit dem Namen an, der auf der Adresse stand. Dieser Herr sagte dem Jannecki, er werde vielleicht 2 Tage warten müssen, und trug ihm auf, jeden Tag an diesen Ort zu kommen. Am zweiten Tag sagte der fremde Herr zu Jannecki, er möge dem Gering ausrichten, daß er ihm jetzt nichts schicken könne. Nach der Rückkehr von Lemberg reiste er nach Wien und richtete dem Herrn mit der Reitpeitsche mündlich aus, daß er in Lemberg nichts erhalten habe. Jannecki gibt an, es mochte in dem ersten Brief, welchen er vom Fremden in Wien an Gering brachte, Geld gewesen sein, denn der Brief sei fingerdick gewesen, bestimmt könne er es jedoch nicht sagen. Das Verhör mit Jannecki wird noch einige Zeit fortgesetzt und sodann der Nachpächter Nachrach vernommen. Am dritten Verhandlungstag wird dem Gering nun ein Brief vorgelesen, den ein gerichtlicher Aufseher auf der Schwelle der Arrestthüre des Herrn gefunden hat, wo er in der Spalte zwischen der Thür und der Schwelle steckte. Dieser Brief weist unzweifelhaft darauf hin, daß Poto von Potocki eine durch Verständigung der Angeklagten im Arrestlocale erfundene, nicht bestehende Person sei. Gering

wurde zu 6, Wrana und Jannecki zu 4, und Stolasek zu 2 Monaten Kerker verurtheilt. Die Angeklagten meldeben die Berufung an. Dr. Mühlfeldt beantragte, daß Gering auf freien Fuß gestellt werde. Der Staatsanwalt ergriff gleichfalls die Berufung. Deutschland. Am 13. d. M. ist keine Bundestagsitzung gehalten worden. Die Ständeversammlung des Großherzogthums Luxemburg ist auf den 26. d. einberufen. Unter den Regierungsvorlagen erwartet man eine, welche eine Revision der Ordonnanz über die Organisation des Staatsraths betrifft. Aus Hensburg 11. October, melden die „J. N.“: Mehreren von den dänischen Schiffen, welche die Preußen am 7. Februar in unserem Hafen mit Beschlag belegt hatten, gelang es befauntlich, während der Waffenruhe nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen bei nächtlicher Weile wieder zu entflüpfen. Einer der damals durchgebrannten Schiffer hat nun die Dreistigkeit gehabt, mit seinem Schiffe wieder an unserer Brücke zu erscheinen. In seinem Vertrauen auf die deutsche Gutmüthigkeit ist er indeß doch etwas zu weit gegangen, wie er jetzt zu seinem Schaden erfahren muß, denn unsere Civilbehörde hat seiner abermaligen Entfernung Schranken gesetzt. Seit einigen Tagen, schreibt man aus Friedrichstadt, 11. October, ist ein österreichischer Ingenieur-Officier mit Voruntersuchungen behufs Herstellung einer Brücke über die Eider für den eventuellen Uebergang österreichischer Truppen beschäftigt. Ueber das Resultat verlaute indeß bis jetzt nichts Bestimmtes. Die vor einiger Zeit vor einem preussischen Ingenieur-Officier angestellten Untersuchungen im Fahrwasser der Eider zu demselben Zweck hatten befauntlich ein für ein solches Unternehmen wenig günstiges Ergebnis. Aus Bonn meldet die „R. Z.“: Professor v. Sybel hat sich auf den Rath der Aerzte entschlossen, vorläufig auf sein Abgeordnetens-Mandat zu verzichten und in diesem Winter nicht nach Berlin zu gehen. Jedoch ist sein Gesundheitszustand ein solcher, daß er seiner akademischen Thätigkeit nicht viel Genüge leisten könne. Se. Majestät der König von Preußen, welcher auf der Rückreise von Baden zwei Stunden bei den russischen Majestäten in Darmstadt verweilt, ist am 15. d. Vormittags im besten Wohlsein auf Schloß Wabelsburg eingetroffen, und hat demnächst der Feier der Beisetzung des verstorbenen Königs in der Friedenskirche beigewohnt. Der holländische Baron Scheel-Plessen ist von Wien am 15. d. in Berlin (auf der Rückreise in die Heimat) eingetroffen. In ihrem Leitartikel vom 13. d. M. spricht die „Kreuztg.“ über die Schwierigkeiten der Beweisführung im Polenproceß und sagt, die scheinbare Beweismängel bezeichnen die Thatsache, daß die Regierung so rechtzeitig zugegriffen habe, daß die Angeklagten vor dem handgreiflichen Zeugnisse ihrer Handlungen bewahrt geblieben sind. Berliner Telegramme brachten vor einigen Tagen die Nachricht, daß Hr. von Bismarck zum Staatsfänger ernannt werden solle. Wie der „R. Z.“ aus Berlin geschrieben wird, kann dieses Gerücht eben nur als solches gelten. Die Adresse des rheinisch-westfälischen Adels in der Duellische Schmissing-Kerfensbrook ist von dem Könige von Preußen scharf abgewiesen worden; der „Westfälische Mercur“ veröffentlicht den diesfälligen Bescheid des Kriegsministers Roon. Der Berliner Polen-Proceß. Sitzung vom 12ten October. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Büchtemann überreicht Rechtsanwält v. Lisicki ein Attest des Gefängnißarztes, auf Grund dessen er die Beurteilung des Angekl. Propst Hubert beantragt. Der Gerichtshof wird darüber beschließen. Demnächst werden vernommen: die Angeklagten Rittersgutsbesitzer Anton v. Sackowski aus Palczyn, 37 J. alt, und der Landwirth Roman Pilaski aus Zieloniec, 27 J. alt. Am 22. März v. J. erhielten die königl. Behörden Nachricht, daß in Zieloniec sich eine größere Schaar von Insurgenten sammelte, welche über die Gränze zu gehen beabsichtige und es wurde deren Aufhebung durch ein Militär-Commando angeordnet und in der Nacht ausgeführt. Es wurden auch 72 Leute verhaftet. Während die Soldaten mit der Durchsuchung der Gebäude beschäftigt waren, fuhr auf das Gehöft ein von dem Hauslehrer Zachert aus Palczyn begleiteter schwer beladener Wagen, der mit Gewehren, Senen und Schießbedarf beladen war. Dieser Wagen kam von dem Gute des Angekl. Sackowski, wohin er von einer den Behörden unbekannt gebliebenen Person an demselben Abend gebracht war. Der Angeklagte Sackowski erklärt, daß er nicht mehr wisse, ob er den Befehl zum Wittertransport des Wagens gegeben habe. Der Wagen sei zu ihm gebracht worden, doch wisse er nicht, ob sich Waffen darauf befanden. Daß sein Hauslehrer Zachert den Wagen begleitet, habe er erst nach dessen Rückkunft erfahren u. Nach Verlesung einiger Zeugen-Aussagen stellt Rechtsanwalt Holtzoff den Antrag auf Entlassung der beiden Angeklagten. Der Oberstaatsanwalt erachtet die Sache noch nicht für so aufgeklärt, daß er in die Entlassung willigen könne. Es wurden hierauf mehrere Zeugen über die Behauptung der Anklage vernommen, daß der Angekl. Propst Szamarzewski in der Kirche bei Gelegenheit der Predigt zur Theilnahme am Aufstande angereizt habe. Die Zeugen behaupten, darüber nichts zu wissen; einige erklären, daß sie es hätten hören müssen, wenn es geschehen wäre. Rechtsanwält Brachogel beantragt die Entlassung des Angekl. und der Oberstaatsanwalt stimmt diesem Antrage zu. Es tritt die Pause ein. Während derselben beschließt der Gerichtshof die Entlassung des Angekl. Propst Szamarzewski mit der Bestimmung, daß derselbe sich am 1. November d. J. wieder einzufinden habe. Die Entlassung der Angeklagten Anton v. Sackowski und Pilaski wird abgelehnt.

Der nächste Angeklagte, zu dessen Vernehmung nunmehr geschritten wird, ist der Rittersgutsbesitzer Boguslaw v. Lubieński, 38 Jahre alt, auf Kiczyn im Kreis Samter. Der Angeklagte, der noch gegenwärtig Mitglied der Abgeordneten ist, war schon im J. 1846 der Theilnahme am Hochverrath angeklagt, jedoch freigesprochen worden. Dennoch betheiligte er sich, seiner eigenen Angabe nach, im Jahre 1848 wieder an der Schlacht bei Miloslaw. Ihm wird von der Anklage eine ausgedehntere Betheiligung an dem gegenwärtigen Aufstand schuldgegeben. Seine Betheiligung soll zunächst durch seine Theilnahme bei der Unterstützung polnischer Juden, mit denen die Bewegungspartei ein förmliches, sogenanntes nationales Bündniß geschlossen, sowie durch ein bei ihm in Beschlag genommenes Anschreiben eines gewissen Josefowicz vom 21. Mai 1862 dargethan sein. Außerdem soll der Angeklagte dem Ausschuss des Posener Geheimbundes angehört haben, welcher sich unter Kaczynski's Vorhitz constituirt hatte, und soll den Versammlungen, welche dieser Bund zum Behuf der Verathung über das Verhalten zu der ausbrechenden Insurrection im Januar 1863 gehalten, Theil genommen haben. In Krakau war nach der Anklage der Heerd der ganzen Bewegung, — das Posener Comité war der Krakauer Kriegsabtheilung untergeordnet, und eine Vertretung des Comité's in Krakau durch hervorragende Persönlichkeiten war geboten. Zu den Vertretern soll auch der Angeklagte gehört haben. In der Dzialynski'schen Comite'rechnung befinden sich verschiedene auf ihn bezügliche Notizen. Nach Auflösung des Guttry-Dzialynski'schen Comité's constituirte sich in Posen das sogenannte großpolnische National-Comité. Die Anklage behauptet, daß von Lubieński zum Vorstand dieses neuen Comité's gehört, bez. dasselbe durch Mitredaction des Aufrufs vom 20. Mai 1862 constituirt habe. Der Angeklagte stellt zunächst in Abrede, daß er das von der Anklage herangezogene Schreiben von Josefowicz jemals erhalten habe und läßt den Verdacht durchblicken, als sei dasselbe ihm von irgend einer Seite untergeschoben worden. Was die Versammlungen unter dem Vorhitz des v. Kaczynski anlangt, so habe er daran nicht Theil genommen, dem Kaczynski vielmehr erklärt, daß die polnische Fraction des Abgeordnetenhauses sich den Ereignissen gegenüber passiv verhalten und sich nur mit den Vorlagen für den Landtag befassen werde. Mit v. Guttry sei er durch seine Frau verwandt und habe mit ihm während der Landtagsession 1862 in Berlin zusammen gewohnt. Die von der Anklage behaupteten Reisen nach Krakau giebt der Angeklagte zum großen Theile zu und erklärt dieselben, indem er dabei entschieden in Abrede stellt, daß er diese Reisen auf Kosten des Grafen Dzialynski unternommen habe. Seine Vermögensverhältnisse seien der Art, daß er jene Reisen aus eigenen Fonds habe bestreiten können. Der Angeklagte bestreitet ferner den Dictator Langewicz gekannt zu haben, oder in seinem Lager gewesen zu sein. Daß ein Manifest des Langewicz in seinem Besitz gefunden sei, giebt der Angeklagte zu, da dieselben in Krakau an der Strafe vertheilt wurden und er dasselbe wohl zum Andenken nach Hause mitgenommen habe. Von der Existenz des großpolnischen Comité's habe er erst aus der Zeitung Kenntniß erhalten. Was die ihm vorgeworfene Anwesenheit in Posen anbetrifft, so behauptet der Angeklagte, daß dieselbe nöthig war, einmal wegen Arrangirung einiger Geldgeschäfte, über die ein Attest eines Notars producirt und vorgelesen wird, und ferner zur Vornahme einer Cur, in Betreff welcher der Arzt des Angeklagten, Dr. Matecki, vernommen wird, welcher bestätigt, daß der Angeklagte aus verschiedenen Rücksichten die Cur nicht auf seinem Gute hätte durchmachen können, da er dort namentlich vielen Aerger gehabt hätte, der vermieden werden mußte. Da noch Zeugen und Schriftverständige zu vernehmen sind, so wird die Stellung des Antrages auf Freilassung des Angeklagten seitens des H. N. Jannecki bis nach Beendigung der Sache vorbehalten. Sitzung vom 13. Oct. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Büchtemann wird mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Der Gutbesitzer Julian Mittelstadt aus Runowo, 43 Jahre alt, hat bereits an dem Aufstande des Jahres 1848 thätigen Antheil genommen und in den Schlachten bei Miloslaw und Sokolowo mitgekämpft. In Folge der Amnestie meldebe er sich beim Landrath des Mogilnoer Kreises, wurde verhaftet, demnächst aber bald ohne Strafe entlassen. Nach der Anklage soll er sich an dem gegenwärtigen Aufstande als Agent des großpolnischen Comité's, namentlich durch Einziehung der Nationalsteuer betheilig haben. Es wird von der Anklage zum Beweise dieser Thätigkeit ein Schreiben producirt, in welchem der Gutbesitzer Glaszowski aus Golejewo zur Zahlung der Steuer aufgefordert wird, dessen Adresse, nach dem Gutachten der Schreibverständigen, vom dem Angeklagten geschrieben sein soll und welches mit dem Pechschaf der Ehefrau des Angekl. versiegelt ist. Außerdem ist später im December v. J. ein Erkenntniß der National-Regierung aufgefunden, auf welches der v. Glaszowski verurtheilt wird, eine Geldstrafe von 300 Thlr., so wie an die Ehefrau des Angeklagten 30 Thlr. monatlicher Alimente zu zahlen, weil er die Verhaftung des Angekl. herbeigeführt habe. Der Angekl. bestreitet die Adresse geschrieben zu haben, obwohl er zugeben muß, daß das Siegel dasjenige seiner Ehefrau ist. Von dem Erkenntniß der National-Regierung will er gar keine Kenntniß haben, da er zur Zeit als dasselbe ergangen, bereits lange verhaftet war. Er hält dies Erkenntniß für das Nachwerk irgend eines Menschen, der den etwas geizigen Glaszowski damit schrecken wollte. Der hierauf vernommene Post-Expeditent Lich aus Kwieciegowo giebt an, daß das betreffende Schreiben von einem Boten aus Runowo mit dem Post-Contobuch des Angeklagten zur Post gegeben und daß es ihm ausgefallen sei, weil das Couvert schwarz gerändert gewesen. Die Eintragung in das Postbuch habe er selbst befristet. Gutbesitzer Franz v. Mierostowski aus Proszyska (Kreis Szwarczaw), 43 J. alt. Am 9. Juni v. J. sollen sich auf dem Gute des Angeklagten 18 Jünglinge versammelt haben, welche daselbst nachmittags und in der Nacht auf einem Wagen des Angeklagten zur Gränze befördert wurden. Auf dem Wagen befanden sich Waffen und Mu-



